

Wir wirken alle mit – am Arztbild in der Öffentlichkeit

Die öffentliche Diffamierung unseres Berufsstandes wird zunehmend unerträglich. Deshalb danke ich all denen, die Gelegenheiten wahrnehmen oder auch herbeiführen, um die Interessen der Ärzte vor Politikern und Medien zu vertreten und sich zum Beispiel auch über das „Bündnis Gesundheit 2000“ konstruktiv in die Gesundheitspolitik einbringen. Streiks und Trillerpfeifen halte ich für ungeeignete Protestmittel. Dienst nach Vorschrift – da muss jeder für sich entscheiden, was er darunter versteht, denn Patienten nicht zu behandeln geht ebenso wenig, wie die verdammte Bürokratie wegzulassen. Kein Niedergelassener kann den Briefwechsel mit Behörden, Kassenärztlichen Vereinigungen und Kassen wirklich abbrechen oder seine Praxis vorübergehend schließen, ohne in ethische Konflikte zu kommen oder dies zu anderer Zeit nacharbeiten zu müssen. Kein Angestellter kann Dokumentationen oder Arztberichte ungefährdet unterlassen.

Jeder von uns ist aufgerufen, beste Arbeit am Patienten zu leisten, denn dieses Vertrauensverhältnis ist es, um das uns Politiker und Kassenfunktionäre beneiden und das sie mit Hilfe der Medien zu zerstören versuchen. Neben der fachlich qualifizierten Betreuung der Patienten ist es wichtig, dass die Patienten bei der tagtäglichen Begegnung mit „Ihrem“ Arzt selbst mit Leib und Seele erfahren, nicht nur hören oder lesen, dass er auf ihrer Seite steht. Sie müssen wissen und spüren, von wem und weshalb medizinische Leistungen

eingeschränkt werden. Sie sollten in den Streit um Kostenübernahmen und Bewilligung von Leistungen eingebunden werden, nur dann bemerken sie auch, dass wir ihre Partner sind und dass es bei ärztlichen Protesten eben nicht nur um Arztgehälter, sondern ganz vordergründig auch um den Erhalt eines Gesundheitswesens geht, das Patienten eine bestmögliche Versorgung und uns Ärzten dafür entsprechende Arbeitsbedingungen gewährleistet. Andererseits gilt es, berufsständige Forderungen, wie den Erhalt der ärztlichen Freiheit oder Sicherung eines angemessenen Einkommens durchzusetzen. Solche Protestinhalte müssen

von uns und den Vertretern der zahlreichen ärztlichen Organisationen trotz mittelbarer Zusammenhänge strikt von den Forderungen einer optimierten medizinischen Patientenversorgung getrennt werden, wenn wir in der Öffentlichkeit glaubhaft bleiben wollen. Für das Erreichen gesundheitspolitischer Ziele muss die gesamte Bevölkerung motiviert und einbezogen werden, für die Durchsetzung berufspolitischer Belange dürfen Patienteninteressen keinesfalls missbraucht werden!

Dr. med. Lutz Liebscher
Kreisärztekammer Döbeln